

Wie die Arbeit verteilt ist

In Deutschland waren im Jahr 2020 rund 41,6 Millionen Menschen erwerbstätig. Die größte Gruppe stellen die 37,8 Millionen Arbeitnehmer, also die abhängig Beschäftigten – das sind Arbeiter, Angestellte, Beamte und Azubis. 3,6 Millionen Berufstätige sind „ihr eigener Chef oder ihre eigene Chefin“; sie bilden den Kreis der Selbstständigen. Auch die 1,7 Millionen Erwerbslosen werden den Erwerbspersonen zugerechnet, da sie prinzipiell als Arbeitsuchende dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. (Die Zahl 1,7 Millionen ergibt sich aus den Mikrozensusdaten; diese Zahlen sind nicht mit denen der Bundesagentur für Arbeit vergleichbar.)

Quelle: Statistisches Bundesamt (<http://dpaq.de/sKcsl>)

Datenerhebung: jährlich, voraussichtlich nächste Daten: Herbst 2022

Siehe auch Grafik: 014889 Wer finanziert den Sozialstaat, 014870 Die Bundesbürger bei der Arbeit, 014861 Pendlerstädte, 014860 Das verdiente Deutschland 2020, 014859 Das Jahrespensum der Arbeitnehmer, 014837 Teilzeit-Jobs in Deutschland

Grafik: Karen Losacker; **Redaktion:** Sophie Lauterbach



German Angst

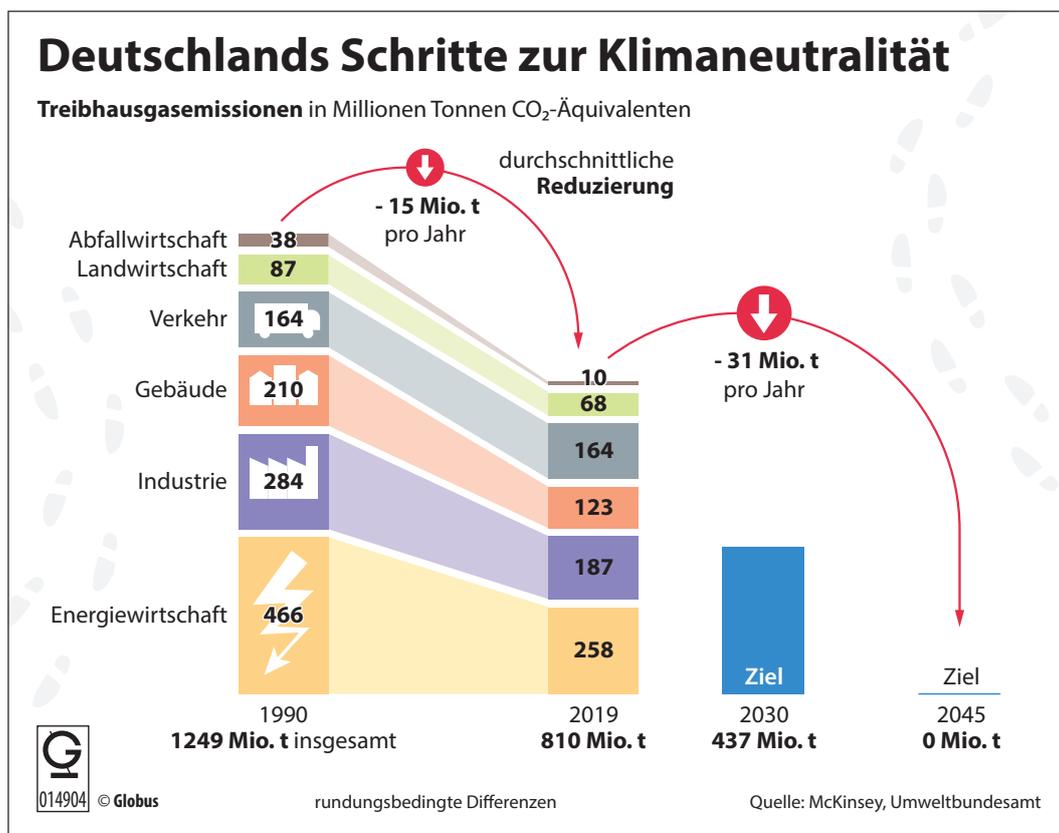
Die hohen Staatsschulden in der Corona-Pandemie und die Folgen für den eigenen Geldbeutel haben sich zur Sorge Nummer eins der Deutschen entwickelt. So weist es die Studie „Ängste der Deutschen“ aus. In der jährlichen Umfrage werden Teilnehmer gebeten, vorgegebene Themen auf einer Skala von eins (gar keine Angst) bis sieben (sehr große Angst) zu bewerten. Daraus wird die Reihenfolge ermittelt. Das Wahlkampf-Topthema Klimaschutz taucht in der Jahresumfrage erst auf Platz acht auf: 41 Prozent der Befragten nannten demnach große Angst vor häufigeren Naturkatastrophen und Wetterextremen. Allerdings fand die Umfrage nach Angaben des Versicherungsunternehmens R+V vor der Flutkatastrophe im westlichen Deutschland statt. Deshalb wurden Ende Juli online weitere 1000 Menschen befragt – mit einer drastischen Veränderung: In der ergänzenden Befragung äußerten nachträglich 69 Prozent Angst vor Naturkatastrophen und Extremwetter, 61 Prozent zeigten sich besorgt, dass der Klimawandel dramatische Folgen für die Menschheit habe. Das seien Rekordwerte, erklärte R+V.

Quelle: R+V Versicherung (<http://dpaq.de/Vnmgk>)

Datenerhebung: Stand: September 2021, voraussichtlich nächste Daten: September 2022

Siehe auch Grafik: 014492 Die größten Sorgen in Deutschland; 014661 Die wichtigsten Themen 2020

Grafik: Paul Massow; **Redaktion:** Mirko Lorenz, Jennifer Schneider



Immense Investitionen für Klimaneutralität nötig

Deutschland will bis 2045 klimaneutral sein. Um dieses ehrgeizige Ziel zu erreichen, sind Investitionen von rund sechs Billionen Euro nötig. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Unternehmensberatung McKinsey und Company. Bei einer konsequenten und raschen Umsetzung der Energiewende seien in Deutschland bis 2045 Zusatzinvestitionen in Höhe von rund einer Billion Euro in sogenannte grüne Sachgüter notwendig. Dazu zählen Anlagen, Fahrzeuge oder Wärmetechnik. Weitere fünf Billionen Euro seien sogenannte Ersatzinvestitionen – also Investitionen, die für den Ersatz bereits bestehender Infrastruktur, Anlagen und Gebäude aufzuwenden sind, zum Beispiel der Kauf eines Elektrofahrzeugs statt eines Fahrzeugs mit Verbrennungsmotor. Die Studie warnt davor, diese Investitionen zu verschlafen. Gelänge es Deutschland nicht, die politischen, technologischen und finanziellen Rahmenbedingungen für die Transformation rechtzeitig zu schaffen, kämen auf Privathaushalte und die Industrie sehr wahrscheinlich noch größere finanzielle Belastungen zu.

Quelle: McKinsey, Studie „Net-Zero Deutschland“ (<http://dpaq.de/xQS3A>)

Datenerhebung: erstmalige Veröffentlichung; Stand September 2021

Siehe auch Grafik: 014829 Klimaveränderungen in Deutschland, 014828 Endliche Ressourcen, 014748 Die Klimaziele Deutschlands, 014670 Treibhausgase in Deutschland

Grafik: Fred Bökelmann, Paul Massow; **Redaktion:** Jennifer Schneider



In Lettland wird besonders viel Alkohol getrunken

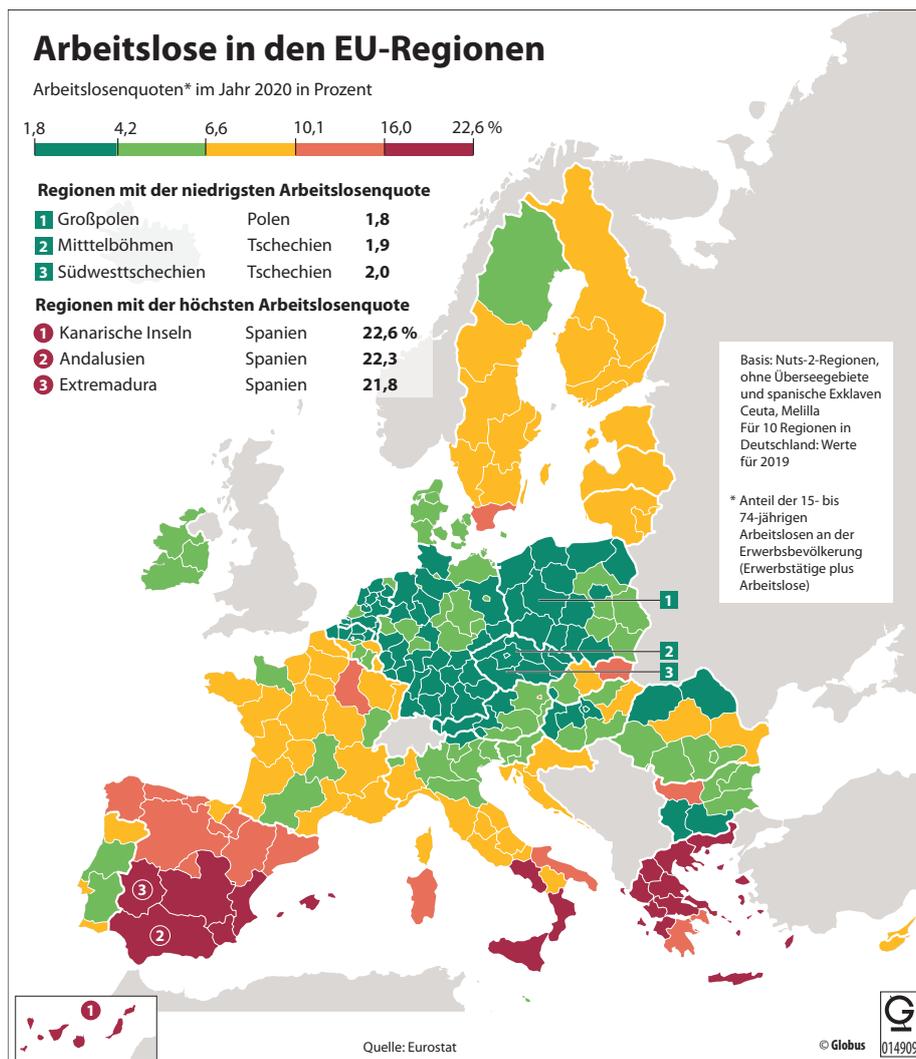
Alkoholmissbrauch gehört weltweit zu den großen gesundheitlichen Risiken. Zu viel Alkohol kann den Körper schwer schädigen und zum früheren Tod führen. In Deutschland sterben jährlich über 20 000 Menschen an den Folgen ihres Alkoholkonsums, schätzt die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung. In den OECD-Staaten liegen die Letten mit fast 13 Litern puren Alkohols pro Jahr an der Spitze. Auf den Plätzen zwei und drei landen Österreich und Tschechien. In Deutschland wurden durchschnittlich 10,6 Liter reiner Alkohol getrunken. Das ist Rang elf von 37. Den höchsten Alkoholkonsum gab es Mitte der 1990er-Jahre in Russland (kein OECD-Mitglied). Im Jahr 1994 lag der Pro-Kopf-Konsum bei 23,6 Litern. Experten gehen davon aus, dass die sinkende Lebenserwartung in Russland in den 90er Jahren zum Teil mit dem exzessivem Trinken zusammenhing. Zahlreiche Maßnahmen der russischen Regierung wie ein Mindestpreis auf Spirituosen, höhere Steuern und ein nächtliches Verkaufsverbot zeigen mittlerweile Wirkung. Der Konsum ist deutlich auf 10,8 Liter im Jahr 2019 gesunken.

Quelle: OECD (<http://dpaq.de/2gfUI>)

Datenerhebung: jährlich, voraussichtlich nächste Daten: Sommer 2022

Siehe auch Grafik: 014842 Alkoholkonsum in der EU, 014766 Weinanbau in Deutschland, 014541 Jugendliche mit Alkoholvergiftung, 014255 Alkoholgrenzwerte im Straßenverkehr

Grafik: Fred Bökelmann; **Redaktion:** Sophie Lauterbach



Polnische Region mit der niedrigsten Arbeitslosenquote in der EU

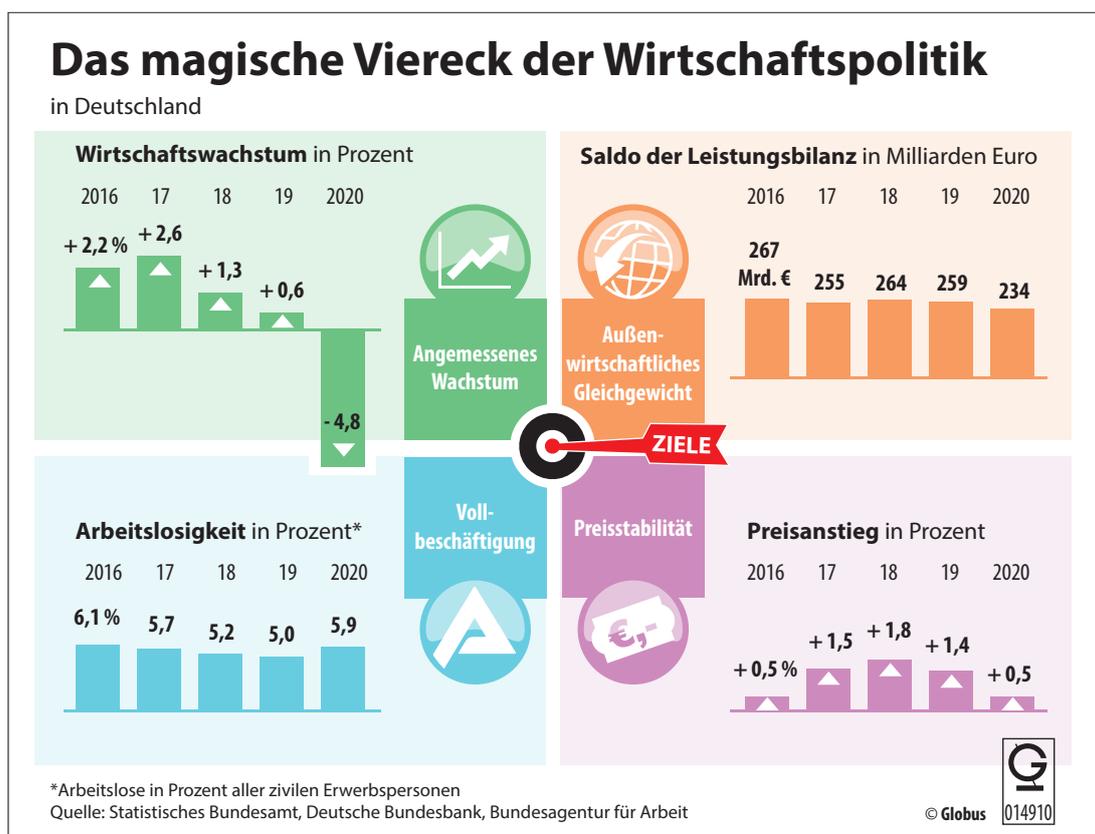
Rund 15,0 Millionen EU-Bürger waren im Jahr 2020 ohne Job. Umgerechnet auf alle Erwerbsfähigen im Alter von 15 bis 74 Jahren entspricht das einem Anteil von 7,1 Prozent. Damit ist die Arbeitslosenquote erstmals seit 2013 wieder gestiegen. In den 27 EU-Ländern reicht die Spanne der Arbeitslosenquote von 16,3 Prozent in Griechenland bis 2,6 Prozent in Tschechien. Noch größer werden die Unterschiede, blickt man auf die Arbeitslosenquoten in den Regionen der Länder. Diese sogenannten Nuts-2-Regionen zeigen ein deutlich differenzierteres Bild auch innerhalb der Länder. Bei dieser Einteilung liegen Regionen in Griechenland wieder weit oben im Vergleich. Die drei Regionen mit den höchsten Quoten liegen allerdings in Spanien. Auf den kanarischen Inseln waren im Jahresdurchschnitt 22,6 Prozent der Menschen arbeitslos, dahinter folgen zwei Regionen auf dem spanischen Festland. Am anderen Ende des Rankings liegen eine polnische und zwei tschechische Regionen. Im polnischen „Großpolen“ waren nur 1,8 Prozent arbeitslos, so wenig wie in keiner anderen Region der EU.

Quelle: Eurostat (<http://dpaq.de/IOKjh>)

Datenerhebung: jährlich, voraussichtlich nächste Daten: Frühjahr 2022

Siehe auch Grafik: 014876 Arbeiten am Wochenende, 014875 Arbeitslosigkeit in Deutschland, 014852 Teilzeitjobs, 014790 Die Verteilung der Arbeitskraft, 014771 Arm trotz Arbeit

Grafik: Andreas Brühl; **Redaktion:** Sophie Lauterbach



Stabilitätsgesetz gibt vier Ziele vor

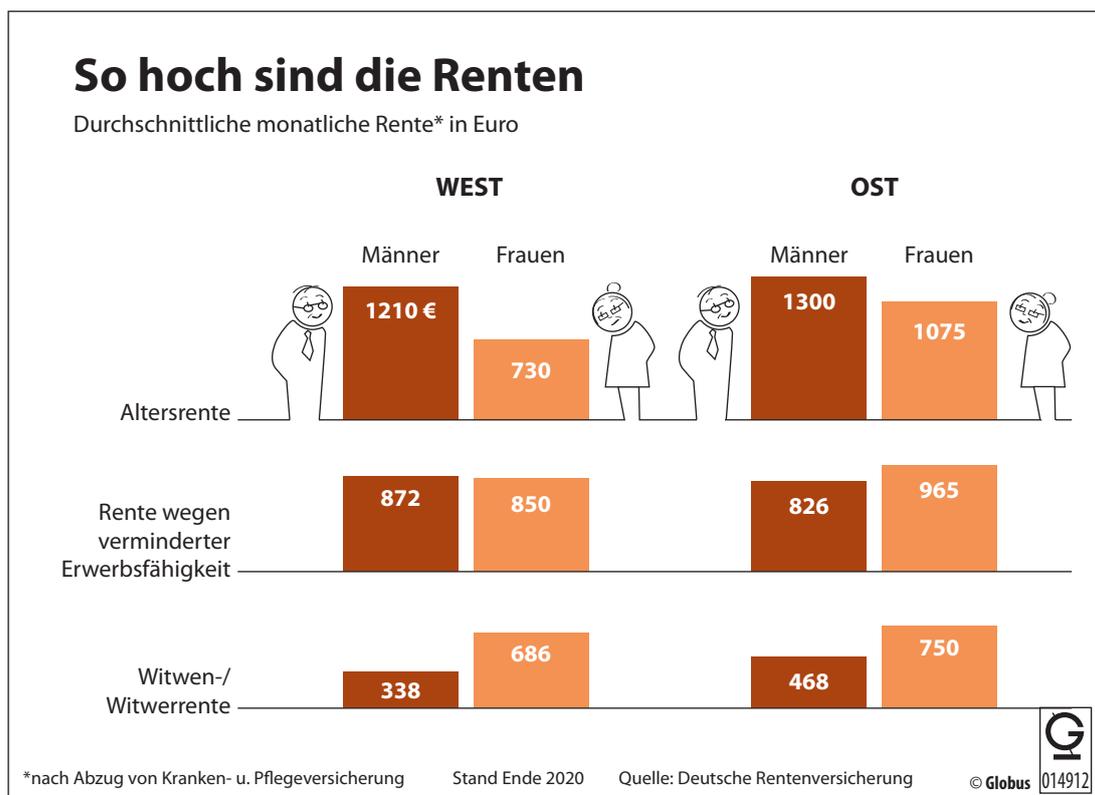
Die wichtigsten Ziele der deutschen Wirtschaftspolitik sind vor mehr als einem halben Jahrhundert gesetzlich verankert worden. Sie heißen: angemessenes Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung, Preisstabilität und außenwirtschaftliches Gleichgewicht. So steht es im sogenannten Stabilitätsgesetz aus dem Jahr 1967. Diese vier Ziele gleichzeitig zu erreichen, gleicht einer Quadratur des Kreises und erfordert wohl magische Fähigkeiten (deswegen auch die Bezeichnung „magisches Viereck“). Das Wirtschaftsjahr 2020 stand stark unter dem Einfluss der Corona-Pandemie. Am deutlichsten zeigt es sich am Wirtschaftswachstum. Gegenüber dem Vorjahr ist die deutsche Wirtschaft um 4,8 Prozent gesunken. Nur während der weltweiten Finanzkrise im Jahr 2009 gab es einen noch größeren Einbruch (-5,7 Prozent). Die Verbraucherpreise stiegen mit durchschnittlich 0,5 Prozent langsamer als im Vorjahr. Die Arbeitslosigkeit stieg von 5,0 auf 5,9 Prozent (im Jahresdurchschnitt waren 2,7 Millionen Männer und Frauen arbeitslos). Das Ziel außenwirtschaftliches Gleichgewicht wurde mit einem Leistungsbilanzüberschuss von 234 Milliarden Euro verfehlt.

Quelle: Statistisches Bundesamt (<http://dpaq.de/yZfuA>; <http://dpaq.de/IsKQq>), Deutsche Bundesbank (<http://dpaq.de/Vovu1>), Bundesagentur für Arbeit (<http://dpaq.de/VBmMc>)

Datenerhebung: jährlich, voraussichtlich nächste Daten: 2022

Siehe auch Grafik: 014893 Deutscher Außenhandel 2020: So wichtig sind die EU-Partner, 014875 Arbeitslosigkeit in Deutschland, 014559 Das Auf und Ab der Wirtschaft, 014449 Die Verbraucherpreise in Deutschland

Grafik: Karen Losacker; **Redaktion:** Wolfgang Fink, Sophie Lauterbach



Mehr und länger eingezahlt bringt höhere Rente

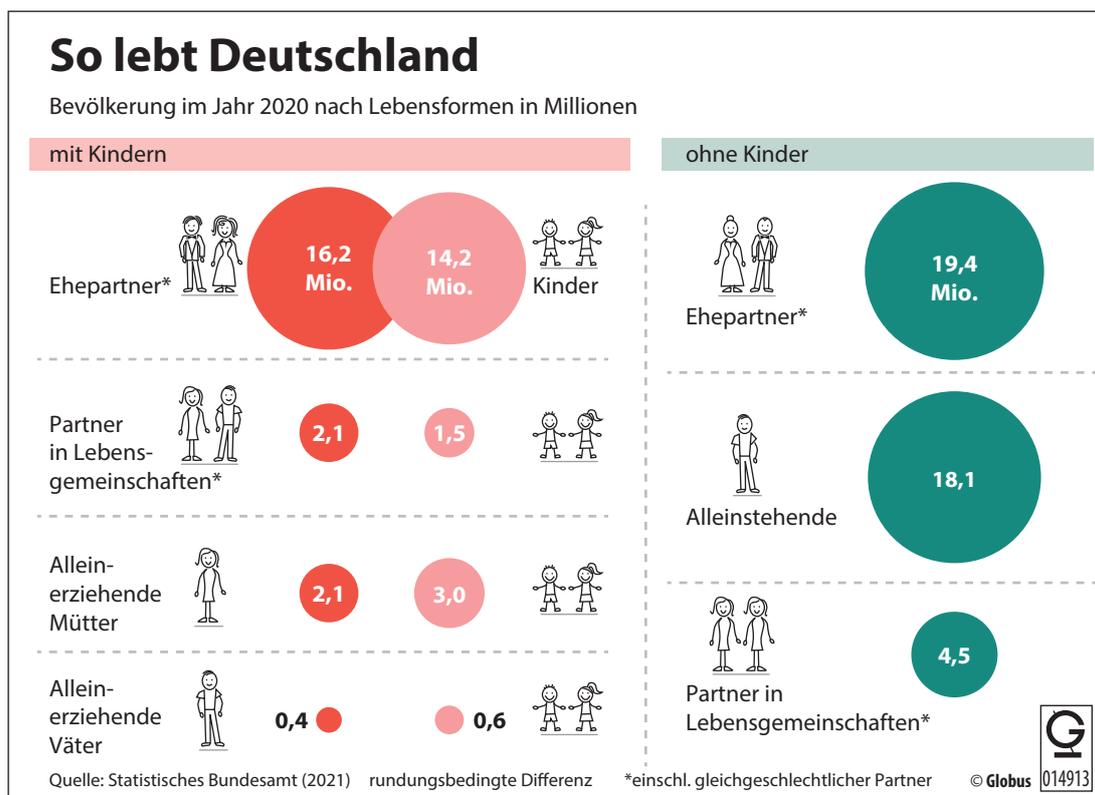
Wer im Laufe seines Berufslebens viel in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt hat, wer also auf viele Arbeitsjahre zurückblicken kann und stets gut verdient hat, bekommt im Alter eine entsprechend hohe Rente ausgezahlt. Zu dieser Gruppe gehören jedoch nur relativ wenige. Auch der „Standardrentner“ (oft auch „Eckrentner“ genannt), der 45 Jahre lang Beiträge gezahlt und durchschnittlich verdient hat, konnte sich (nach Abzug von Kranken- und Pflegeversicherungsbeitrag) im Jahr 2020 mit rund 1371 Euro (West) bzw. 1332 Euro (Ost) nicht unbedingt zu den Spitzenverdienern der Gesellschaft zählen. Näher an der Realität als die Beispielrechnung mit dem Muster-Rentner sind die Angaben über die durchschnittlich gezahlten Altersrenten. Denn nicht jeder arbeitet 45 Jahre lang, weil vielleicht das Studium länger dauert oder weil eine Unterbrechung wegen Arbeitslosigkeit dazukommt. Es zeigt sich besonders bei den Frauen, dass fehlende Beitragsjahre, geringer Verdienst und Teilzeitarbeit die Rentenhöhe deutlich beeinflussen: Sie erhalten durchschnittlich 730 Euro (West) bzw. 1075 Euro (Ost) Altersrente pro Monat.

Quelle: Deutsche Rentenversicherung (<http://dpaq.de/Q8Jlp>)

Datenerhebung: jährlich, voraussichtlich nächste Daten: 2022

Siehe auch Grafik: 014866 Private Rentenvorsorge: Riester-Rente, 014770 Alterndes Deutschland, 014658 Renten-Runden

Grafik: Kerstin Dengl, Karen Losacker; **Redaktion:** Wolfgang Fink, Sophie Lauterbach



Mit Kind oder ohne, alleine oder zusammen

Die klassische Familie mit Vater, Mutter, Kind ist nur eine mögliche Lebensform von vielen, aber immer noch die verbreitetste. In Deutschland lebten im Jahr 2020 rund 16,1 Millionen verheiratete Frauen und Männer mit 14,1 Millionen Kindern zusammen. Dazu kommen noch 95 000 gleichgeschlechtliche Ehepartner mit 76 000 Kindern. Damit leben 16,2 Millionen Erwachsene und 14,2 Millionen Kinder in einer klassischen bzw. Kernfamilie. Rund zwei Millionen Eltern leben unverheiratet mit ihren 1,5 Millionen Kindern zusammen. Insgesamt 3,6 Millionen Kinder wachsen bei einem einzelnen Elternteil auf. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung in Deutschland (51 Prozent bzw. 42,1 Millionen) lebt ohne Kinder.

Quelle: Statistisches Bundesamt (<http://dpaq.de/mAKpl>)

Datenerhebung: jährlich, voraussichtlich nächste Daten: Sommer 2022

Siehe auch Grafik: 014900 Sexuelle Gewalt in der Familie, 014799 Familien in der Grundsicherung, 014795 Gefährdete Kinder, 014774 Adoptierte Kinder in Deutschland, 014755 Ausgaben fürs Kind, 014417 Arbeitende Eltern

Grafik: Karen Losacker; **Redaktion:** Sophie Lauterbach



Schiffsverkehr hat zahlreiche negative Einflüsse auf die Umwelt

Die Umweltbelastung durch Abgase in der Schifffahrt wird oft thematisiert, weniger bekannt sind andere Umweltlasten, die durch Schiffe auf dem Meer entstehen – teils vorsätzlich, teils fahrlässig. Zwar gehört auch Luftverschmutzung zu den drängenden Themen, aber eben auch Ölleckagen, das Ablassen von Abwasser, Plastik, das über Bord geht, Unterwasserlärm und die Verschleppung lebender Organismen in andere Gewässer im Ballastwasser der Frachter. Schiffe spielen als Transportmittel zwischen den EU-Ländern eine große Rolle, sowohl für den Personen- als auch für den Güterverkehr. 77 Prozent des europäischen Außenhandels und 35 Prozent des gesamten Handels (am Wert gemessen) zwischen EU-Mitgliedstaaten verlaufen auf dem Seeweg. Und das wird in den kommenden Jahrzehnten noch mehr werden, schätzen die Experten. „Der Seeverkehr der EU steht vor einem entscheidenden Jahrzehnt für den Übergang zu einem wirtschaftlich, sozial und ökologisch nachhaltigeren Sektor“, heißt es in dem ersten Bericht zu den Auswirkungen des Seeverkehrs der Europäischen Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs (EMSA) und der Europäischen Umweltagentur (EEA).

Quelle: Europäische Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs; Europäische Umweltagentur (<http://dpaq.de/SURva>)

Datenerhebung: erstmalige Veröffentlichung; Stand September 2021

Siehe auch Grafik: 014232 Die Belastung der Meere, 014574 Unterwasserlärm, 014302 Plastikmüll im Mittelmeer

Grafik: Fred Bökelmann; **Redaktion:** Dyfed Loesche, Jennifer Schneider